

Nicht anwesend sind:

sachkundige Einwohner

Herr Dr. Nicolas Bauer	Die Andere	entschuldigt
Herr Pertti Hermannek	Bündnis90/Die Grünen	nicht entschuldigt
Frau Sabine Tischendorf	SPD	nicht entschuldigt
Frau Dr. Annett Ullrich	Potsdamer Demokraten	entschuldigt
Frau Liane Woellner	SPD	entschuldigt

Schriftführer/in:

Frau Susanne Gromoll Geschäftsbereich Zentrale Steuerung und Finanzen

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 21.03.2018 und 25.04.2018 / Feststellung
der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Information zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 4.1 Koordinierungsstelle Schule-Jugendhilfe
Vorlage: 17/SVV/0364
Einreicher: Fraktion DIE LINKE
 - 4.2 Vorkaufsrecht bei Grundstücken und Gebäuden
Vorlage: 17/SVV/0604
Einreicher: Fraktion DIE LINKE
 - 4.3 Beteiligung und Information der Fraktionen während der Haushaltsaufstellung
Vorlage: 18/SVV/0183
Einreicher: Fraktionen CDU/ANW, SPD
 - 4.4 Weiternutzung Rechenzentrum
Vorlage: 17/SVV/0536
Einreicher: Fraktion DIE LINKE
 - 4.5 Dauerhafte Unterbringung der Kultur- und Kreativwirtschaft
Vorlage: 17/SVV/0708
Einreicher: Fraktion CDU/ANW
 - 4.6 Ein Kunst- und Kreativhaus für Potsdam
Vorlage: 17/SVV/0716
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- 4.7 Konzeptvergabe für die Gastronomie gegenüber dem Obelisken
Vorlage: 17/SVV/0715
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 4.8 Norden Potsdams fährt weiter mit dem Bus zum Hauptbahnhof
Vorlage: 17/SVV/0979
Einreicher: Winfried Sträter, Ortsvorsteher Groß Glienicke
- 4.9 Rasengleise
Vorlage: 18/SVV/0196
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 4.10 Sanierungsgebiet "Am Findling": Neugestaltung / Erneuerung der Fahrbahn und der Nebenanlagen in der Großbeerenstraße als beitragspflichtige Baumaßnahme nach dem Kommunalabgabengesetz
Vorlage: 18/SVV/0235
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 4.11 Verlängerung der Nutzungszeiten von Einrichtungen freier Träger zum Betrieb von Kindertagesstätten
Vorlage: 18/SVV/0272
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie
- 5 Mitteilungen der Verwaltung

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Heuer begrüßt die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger zur 37. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 21.03.2018 und 25.04.2018 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 7 von 7 Mitgliedern des Ausschusses für Finanzen anwesend.

Herr Heuer bespricht die vorliegende Tagesordnung:

Auf Wunsch der Fraktion DIE LINKE werden die Tagesordnungspunkte 4.1 „Koordinierungsstelle Schule – Jugendhilfe“ Drucksache 17/SVV/0364 und 4.2 „Vorkaufsrecht bei Grundstücken und Gebäuden“ Drucksache 17/SVV/0604 zurückgestellt.

Die Drucksache 18/SVV/0183 „Beteiligung und Information der Fraktionen während der Haushaltsaufstellung“, TOP 4.3, wird auf Wunsch der Verwaltung bis nach der Sommerpause zurückgestellt. Herr Exner führt dazu aus, dass der am 23. Juni stattfindende Strategiedialog einen wichtigen Baustein in der Beantwortung der Drucksache darstelle. Er hält es für sinnvoll im Anschluss an diesen Tag die Thematik eines Beteiligungskonzeptes unter den dann besprochenen Parametern zu erörtern. Dieser Vorschlag wurde bereits im Vorfeld mit den Einreichern der Drucksache abgestimmt. Herr Baron v. d. Osten gen. Sacken stellt fest, dass die Fraktion Bürgerbündnis - FDP als Einreicher des Änderungsantrages zur Drucksache 18/SVV/0183 ebenfalls in die Vorbesprechung einbezogen hätte werden sollen. Herr Heuer bestätigt diese Ansicht und entschuldigt dies. Herr Exner führt aus, dass in einer der kommenden zwei Sitzungen des Ausschusses für Finanzen ein neuaufgelegtes Berichtswesen durch die Verwaltung vorgestellt wird.

Die Tagesordnungspunkte 4.4 „Weiternutzung Rechenzentrum“ Drucksache 17/SVV/0536, 4.5 „Dauerhafte Unterbringung der Kultur- und Kreativwirtschaft“ Drucksache 17/SVV/0708, und 4.6 „Ein Kunst- und Kreativhaus für Potsdam“ Drucksache 17/SVV/0716 werden ebenfalls im Ergebnis zurückgestellt. Herr Kümmel wird seine vorbereitete Präsentation zum aktuellen Stand der Themen halten.

Der Tagesordnungspunkt 4.7 „Konzeptvergabe für die Gastronomie gegenüber dem Obelisken“ Drucksache 17/SVV/0715 wird auf Wunsch der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zurückgestellt.

Herr Heuer lässt über die neu besprochene Tagesordnung abstimmen. Die so geänderte Tagesordnung wird von den anwesenden Mitgliedern einstimmig angenommen.

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 21.03.2018 wird mehrheitlich angenommen (Zustimmung 6; Ablehnung 0; Enthaltung 1).

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 25.04.2018 wird mehrheitlich angenommen (Zustimmung 5; Ablehnung 0, Enthaltung 2).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 3 Information zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam

Herr Heuer übergibt Herrn Exner das Wort. Herr Exner stellt die aktuelle Haushaltslage anhand einer Präsentation vor. Eine Veränderung der Prognose zum Plan 2018 kann derzeit nicht festgestellt werden. Des Weiteren berichtet er aus dem Arbeitskreis Steuerschätzung vom 07. bis 09. Mai 2018. Es gibt aus dem Gremium keine inhaltlichen Nachfragen. Herr Kaminski bittet bei Präsentationen eine andere, besser lesbare, Farbgestaltung zu verwenden. Herr Heuer dankt Herrn Exner für seine Ausführungen.

zu 4 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 4.1 **Koordinierungsstelle Schule-Jugendhilfe**

Vorlage: 17/SVV/0364

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

zurückgestellt

zu 4.2 **Vorkaufsrecht bei Grundstücken und Gebäuden**

Vorlage: 17/SVV/0604

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

zurückgestellt

zu 4.3 **Beteiligung und Information der Fraktionen während der Haushaltsaufstellung**

Vorlage: 18/SVV/0183

Einreicher: Fraktionen CDU/ANW, SPD

zurückgestellt

zu 4.4 **Weiternutzung Rechenzentrum**

Vorlage: 17/SVV/0536

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Herr Heuer übergibt Herrn Kümmel das Wort. Dieser erläutert anhand der Präsentation „Räume für Kulturschaffende und Kreative - Temporäre Weiternutzung des Rechenzentrums und Schritte zur Umsetzung des Zielbildes KREATIV QUARTIER^{3M}“ den aktuellen Stand der Entwicklungen. Die Präsentation dient der Informationsgewinnung, so dass auf der Stadtverordnetenversammlung am 06. Juni 2018 eine Beschlussfassung erfolgen kann.

Herr Heinzel merkt an, dass ein beabsichtigter Einnahmenverzicht durch die Landeshauptstadt Potsdam sich aktuell wie ein Mosaikstein durch die Anträge und Vorstellungen zieht. Beispielhaft erwähnt er die Diskussionen um den Volkspark, die Potsdamer Mitte und das Minsk. Weiterhin führt er aus, dass es sich die Stadt offenbar leisten könne für gute Zwecke auf Einnahmen zu verzichten. Herr Kümmel stimmt den Ausführungen insoweit zu, dass eine Verringerung der Einnahmen daraus resultieren würde.

Herr Hohloch fragt nach, inwieweit die genannten Defizite von 130.000 EUR in die Neukalkulation der Mieten eingeflossen sind. Herr Kümmel antwortet, dass in der neuen Mietkalkulation dies berücksichtigt sei. Die Landeshauptstadt Potsdam übernimmt dieses Defizit nicht.

Herr Heuer bezieht sich in den folgenden Aussagen auf den Redebeitrag von Herrn Heinzel. Er betont, dass es sich bei den von Herrn Heinzel genannten

Modellen nicht um Einnahmeverluste handele sondern eine Win/Win Situation für alle Beteiligten im Fokus stehe. Herr Heinzl erwidert, dass seine Aussagen, seiner Meinung nach, ausschließlich die reine Sicht eines Mitgliedes im Finanzausschuss sei, nämlich die welche finanziellen Änderungen die unterschiedlichen Herangehensweisen mit sich bringen würden.

Herr Said fragt nach, ab wann die neuen Mietverträge gelten. Herr Kümmel antwortet, dass die Mietverträge ab August die neuen Konditionen beinhalten werden.

Herr Heuer dankt Herrn Kümmel für die Ausführungen und stellt den Tagesordnungspunkt, entsprechend der Verabredungen zur Änderung der Tagesordnung, zurück.

zurückgestellt

zu 4.5 Dauerhafte Unterbringung der Kultur- und Kreativwirtschaft

Vorlage: 17/SVV/0708

Einreicher: Fraktion CDU/ANW

Der Tagesordnungspunkt wurde im Zusammenhang mit dem Tagesordnungspunkt 4.4 und 4.6 in der Tagesordnung zurückgestellt.

Herr Kümmel stellt eine Präsentation „Räume für Kulturschaffende und Kreative - Temporäre Weiternutzung des Rechenzentrums und Schritte zur Umsetzung des Zielbildes KREATIV QUARTIER³“ vor und beantwortet Fragen dazu. Weitere Ausführungen finden sich unter dem Tagesordnungspunkt 4.4.

Zurückgestellt

zu 4.6 Ein Kunst- und Kreativhaus für Potsdam

Vorlage: 17/SVV/0716

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Tagesordnungspunkt wurde im Zusammenhang mit dem Tagesordnungspunkt 4.4 und 4.5 in der Tagesordnung zurückgestellt.

Herr Kümmel stellt eine Präsentation „Räume für Kulturschaffende und Kreative - Temporäre Weiternutzung des Rechenzentrums und Schritte zur Umsetzung des Zielbildes KREATIV QUARTIER³“ vor und beantwortet Fragen dazu. Weitere Ausführungen finden sich unter dem Tagesordnungspunkt 4.4.

zurückgestellt

zu 4.7 Konzeptvergabe für die Gastronomie gegenüber dem Obelisk

Vorlage: 17/SVV/0715

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

zurückgestellt

zu 4.8 Norden Potsdams fährt weiter mit dem Bus zum Hauptbahnhof
Vorlage: 17/SVV/0979

Einreicher: Winfried Sträter, Ortsvorsteher Groß Glienicke

Herr Heuer eröffnet den Tagesordnungspunkt und erteilt das beantragte Rederecht für Herrn Menzel. Herr Menzel schildert die Situation aus Sicht der betroffenen Groß Glienicker Einwohner. Im Zuge dessen führt er aus, dass durch den Ortsbeirat Groß Glienicke ein Änderungsantrag beschlossen wurde. Er wundert sich, dass dieser heute nicht in den Unterlagen zu finden sei. Herr Heuer erteilt das beantragte Rederecht für Frau Malik, stellvertretende Ortsvorsteherin Groß Glienicke. Zusätzlich zu den Ausführungen von Herrn Menzel verweist sie auf die Historie der Diskussion und legt dar, dass sich bereits im Jahr 2016 mit Anträgen zu dem damals noch beabsichtigten Sachverhalt beschäftigt wurde. Der Ortsbeirat hat nun wiederholt den Auftrag bekommen sich für eine Weiterführung der Buslinie 638 zum Potsdamer Hauptbahnhof einzusetzen.

Frau Müller erklärt, warum der Änderungsantrag, den Herr Menzel erwähnte, nicht in den Unterlagen zu finden sei. Der Änderungsantrag sei fristgerecht eingegangen und wird somit in der Stadtverordnetenversammlung am 06.06.2018 aufgerufen. Herr Heuer merkt an, dass ein weiterer Änderungsantrag des gleichen Antragstellers beim nächsten Mal besser in eine Neufassung eines Antrages münden solle. Das würde im weiteren Prozedere weniger Verwirrung stiften.

Herr Gießner (ViP) gibt auf Fragen von Menzel zu finanziellen Begebenheiten Antwort. Ebenso erläutert er auf den Umstand der konsequenten Umsetzung des Nahverkehrsplanes durch die ViP.

Herr Heuer verweist auf die Voten der anderen Ausschüsse zu dem vorliegenden Antrag. Aus Sicht von Herrn Exner liegt ein Nachsteuerungsbedarf vor. Jedoch stellt er deutlich hervor, dass eine Doppelbedienung durch Bus und Tram im Stadtverkehr nicht zukunftsfähig sei. Ein Umsteigen auch auf anderen Verbindungen wird bei einem Ausbau des Tramnetzes unausweichlich sein. Weiterhin stellt er richtig, dass während der Stoßzeiten des Schülerverkehrs eine durchgängige Fahrt bis zum Potsdamer Hauptbahnhof gewährleistet ist.

Herr Schüler fragt bei Herrn Gießner nach, wie hoch der Aufwand wäre, wenn eine Doppelbedienung bestehen würde. Herr Gießner antwortet, dass es einen etwa 450.000 EUR hohen Aufwand zusätzlich bedeutet.

Herr Heuer schlägt vor, die Voten des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr und des Ausschusses für Klima, Ordnung und Umwelt um einen weiteren Punkt zu erweitern. Im Namen der SPD Fraktion schlägt er die Prüfung einer Einrichtung eines barrierefreien WCs und einer Verkaufseinrichtung vor. Es solle sich objektiv um eine Verbesserung des Aufenthaltes handeln. Frau Müller stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung die Einrichtung eines barrierefreien WCs und die Einrichtung einer Verkaufseinrichtung separat abzustimmen. Herr Heuer lässt den Antrag zur Geschäftsordnung abstimmen (Abstimmungsergebnis: Zustimmung: 6, Ablehnung: 0, Enthaltung: 1). Herr Heuer stellt auf Nachfrage klar, dass beide Einrichtungen nicht durch die Stadt betrieben werden sollen.

Herr Heuer stellt den Vorschlag eines Prüfauftrages über die Einrichtung eines barrierefreien WCs zur Abstimmung. Dieser Vorschlag wird einstimmig angenommen. Anschließend stellt Herr Heuer den Vorschlag eines Prüfauftrages

über die Einrichtung einer Verkaufseinrichtung zur Abstimmung (Ergebnis: Zustimmung: 6, Ablehnung: 1, Enthaltungen:0).

Dementsprechend stellt Herr Heuer die Empfehlungen des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr und des Ausschusses für Klima, Ordnung und Umwelt mit dem neuen Punkt 6 „**Die Möglichkeit zu prüfen ein barrierefreies WC zu bauen und die Möglichkeit zu prüfen eine Verkaufseinrichtung (Kiosk/Automat) zu errichten.**“ zur Abstimmung. Der so geänderte Beschlussvorschlag wird mehrheitlich angenommen.

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachfolgend neue Fassung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, rasche Verbesserungen der ÖPNV-Verbindung von Groß Glienicke in die Potsdamer City zu veranlassen.

Über die eingeleiteten Maßnahmen und die Auswirkungen hinsichtlich Fahrgastzahlen, Fahrgastzufriedenheit und Fahrtzeiten bis zum Hauptbahnhof ist dem Ortsbeirat Groß Glienicke und dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr bis Juni 2018 Bericht zu erstatten.

Im Einzelnen sind folgende Maßnahmen zu berücksichtigen:

1. Die Straßenbahnen, die Anschluss an Busse nach Groß Glienicke haben sind in ihrer Fahrzielanzeige entsprechen zu kennzeichnen.
2. Die vorhandenen Lauflichtanzeigen an den größeren Haltestellen sind mit der Angabe zu ergänzen, welche Straßenbahnen direkten Anschluss nach Groß Glienicke haben.
3. Es ist zu prüfen, ob es nachmittags weitere Spitzenzeiten der Fahrgastbelegung gibt, für die eine Wiedereinrichtung direkter Busverbindung bis zum Hauptbahnhof zusätzlich zur Straßenbahn gerechtfertigt werden kann sowie in den Abendstunden, wo der Bus nur einmal stündlich fährt.
4. Die Umsteigebeziehung am Campus Jungferensee ist zu verbessern. Den Fahrgästen ist ein direkter Umstieg in die weiterfahrenden Fahrzeuge zu ermöglichen.
5. Die Unterstellmöglichkeit für auf Anschluss wartende Fahrgäste ist zu verbessern.
6. **Die Möglichkeit zu prüfen ein barrierefreies WC zu bauen und die Möglichkeit zu prüfen eine Verkaufseinrichtung (Kiosk/Automat) zu errichten.**

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **6**
Ablehnung: **0**
Stimmenthaltung: **1**

zu 4.9

Rasengleise

Vorlage: 18/SVV/0196

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Heuer übergibt Herrn Schüler als Antragsteller das Wort. Herr Schüler bringt den Antrag ein. Herr Grießner (ViP) führt aus, dass ein Glyphosatverzicht bereits bekannt gegeben wurde. Ein neues Programm wird derzeit besprochen und soll

im September im Finanzausschuss vorgestellt werden. Herr Exner erläutert, dass eine Umrüstung auf Rasengleise pro 100 Meter 100.000 EUR kosten würde. Diese Kosten müssten zusätzlich investiv bereitgestellt werden, daher sollte geschaut werden, an welcher Stelle wirklich eine Umrüstung Sinn mache. Herr Heuer erwähnt abschließend, dass er auf die Zahlen gespannt sei. Die Frage sei für ihn, ob sich an den Stellen wo Neubaumaßnahmen oder auch Streckenverlängerungen geplant seien, wirklich Mehrkosten durch Rasengleise ergeben.

Herr Heuer stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, an welchen Straßenbahngleisstrecken in Potsdam die Anlage von Rasengleisen sinnvoll und möglich ist und welche Kosten bei der Umsetzung entstehen.

Das Ergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung im September 2018 mitzuteilen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

**zu 4.10 Sanierungsgebiet "Am Findling": Neugestaltung / Erneuerung der Fahrbahn und der Nebenanlagen in der Großbeerenstraße als beitragspflichtige Baumaßnahme nach dem Kommunalabgabengesetz
Vorlage: 18/SVV/0235**

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Heuer eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt Herrn Lehmann das Wort. Herr Lehmann stellt die Drucksache mithilfe eines Schaubildes vor. Ausschlaggebend sei, die Sanierung der Fahrbahn und der Nebenanlagen in der Großbeerenstraße weiter zu führen.

Herr Kaminski bezieht sich auf die Stellungnahmen von Anwohnern, die überwiegend sagen, dass eine Sanierung nicht notwendig sei. Die finanziellen Belastungen wären für die Anwohner nicht unerheblich und es würden zukünftig Stellplätze wegfallen. Herr Kaminski verweist auch auf andere Straßenzüge, die in einem deutlich schlechteren Zustand sind. Herr Wegewitz ergänzt, dass die Dringlichkeit derzeit nicht gesehen wird für den Abschnitt der Großbeerenstraße. Herr Baron v.d. Osten gen. Sacken schließt sich den Ausführungen an.

Herr Heuer merkt an, dass in der Vorlage diverse Zahlen von finanziellen Mitteln genannt sind aus denen nicht eindeutig hervorgeht, welche Zahlungen durch wen erforderlich sind und wie viel öffentliche Mittel tatsächlich benötigt werden. Herr Lehmann erwidert, dass es sich bei diesem Streckenabschnitt um den gleichen Standard handle, wie bei den Strecken zuvor. Die Verwaltung hat bislang mit den Ausgleichsbeträgen gute Erfahrungen gemacht. Er sichert eine

Überprüfung des Zahlenmaterials bis zum Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr zu.

Herr Heuer stellt den Antrag zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Neugestaltung und Erneuerung der Fahrbahn und der Nebenanlagen in der Großbeerenstraße im Abschnitt von der Walter-Klausch-Straße bis Pestalozzistraße als beitragspflichtige Baumaßnahme nach dem Kommunalabgabengesetz und der Satzung über die Erhebung von Beiträgen für straßenbauliche Maßnahmen und von Kostenersatz für Grundstückszufahrten der Landeshauptstadt Potsdam vom 19.05.2006 (Straßenausbaubeitragsatzung).

Der Ausschuss für Finanzen lehnt diesen Beschlussvorschlag einstimmig ab.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	0
Ablehnung:	7
Stimmhaltung:	0

zu 4.11 Verlängerung der Nutzungszeiten von Einrichtungen freier Träger zum Betrieb von Kindertagesstätten

Vorlage: 18/SVV/0272

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie

Herr Heuer eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt Herr Schubert das Wort. Herr Schubert bringt die Vorlage ein und erläutert das beabsichtigte Vorgehen.

Herr Schüler fragt nach der Begründung, warum es zu dem Antrag ein Beschluss bedarf. Er sieht inhaltlich keine neuen Erkenntnisse, die ein solches Vorgehen begründen würden. Herr Schubert erwidert, dass er die Stadtverordnetenversammlung in dem Prozess mitnehmen möchte und deshalb die grundsätzliche Bedeutung sieht einen Beschluss herbeizuführen.

Herr Baron v. d. Osten gen. Sacken unterstützt das Vorgehen ein Einvernehmen herzustellen. Herr Dr. Wegewitz schlägt vor die Vorlage zur Kenntnis zu nehmen und das weitere Vorgehen zu unterstützen.

Herr Kaminski führt aus, dass die Institutionen berücksichtigt werden sollten. Es handelt sich um KITA Vereine die ehrenamtlich geführt werden. Hier sollte ein Einvernehmen herstellbar sein. Herr Schubert entgegnet, dass es vor allem um die größeren Träger geht und weniger um die elterngeführten Vereine. Um die benötigte Platzkapazität anbieten zu können, ist man auf die großen Träger angewiesen. Das Gesamtprozedere ist ein langer Prozess, wobei die vorliegende Drucksache als ein Zwischenschritt anzusehen ist.

Herr Heuer stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit den betroffenen Trägern von Kindertagesstätten unter Berücksichtigung der Besonderheiten des jeweiligen Einzelfalls Vereinbarungen auszuhandeln, welche die künftige langfristige Nutzung der mit kommunalen Mitteln (re)finanzierten Einrichtungen absichern.
2. Die wesentlichen Inhalte dieser Vereinbarungen sollen sein:
 - a) Der Träger der Kindertagesstätte verpflichtet sich, der Landeshauptstadt Potsdam das Grundstück und Gebäude für einen Zeitraum von insgesamt 50 Jahren (verlängerte Nutzungszeit) als Kita bzw. für andere soziale Zwecke zur Verfügung zu stellen.
 - b) Die Vereinbarung zur Finanzierung über den gesamten Nutzungszeitraum von 50 Jahren soll so ausgestaltet werden, dass unter Berücksichtigung bereits gezahlter Zuschüsse und ggfs. vorzunehmender Abzinsungen die Finanzierungshöhe über das zur Bewirtschaftung und Erhaltung der Einrichtungen erforderliche Maß nicht hinausgeht.
 - c) Die verlängerte Nutzungszeit soll in den Grundbüchern der Träger mittels Eintragung von beschränkt persönlichen Dienstbarkeiten, Sicherungsgrundschulden und Auflassungsvormerkungen (z.B. zur Absicherung von Ankaufsrechten) für die Landeshauptstadt Potsdam insolvenzsicher (erstrangig oder zumindest im Rang vor den anderen Finanzierungsgrundpfandrechten, soweit vorhanden) abgesichert werden.
 - d) Die Vereinbarungen sind unter Berücksichtigung der Besonderheiten des jeweiligen Einzelfalls zu verhandeln (Finanzierungsvereinbarungen, Erbbaurechte etc.).
3. Die jeweiligen Vereinbarungen werden der Stadtverordnetenversammlung vor ihrem Abschluss zur Beschlussfassung vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	4
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	3

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Mitteilungen der Verwaltung vor.